

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

05. Mai 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 28.04.14 griffen Kämpfer des mit den Taliban verbündeten Haqqani-Netzwerks einen afghanischen Militärstützpunkt im Distrikt Siruk in der ostafghanischen Provinz Paktika nahe der pakistanischen Grenze an. Der Angriff wurde mit NATO-Luftunterstützung abgewehrt. Dabei wurden nach Militärangaben über 60 Angreifer und fünf afghanische Soldaten getötet. Meldungen über getötete oder verletzte Zivilisten liegen nicht vor.

Am 30.04.14 kamen in der ostafghanischen Provinz Khost bei einem Angriff auf einen Kontrollpunkt vier Polizisten um.

Am 01.05.14 starben bei einem Selbstmordanschlag der Taliban auf einen Kontrollposten in der zentralafghanischen Provinz Panjsher sechs Polizisten und sieben Zivilisten. Bei einem weiteren Angriff auf eine Polizeistation in der nordafghanischen Provinz Kunduz wurden vier Polizisten getötet und drei verletzt. Zwei Polizisten sollen gefangenengenommen worden sein.

Über 2.000 Tote nach Erdbeben

Am 02.05.14 führten die Schneeschmelze und schwere Regenfälle zu einem Erdbeben, das das Dorf Ab-e-Barik im Distrikt Argo der nordostafghanischen Provinz Badakhshan unter sich begrub. Bisher wurden 300 Tote gefunden, die Behörden gehen aber von über 2.000 Todesopfern aus. Über 4.000 Menschen seien direkt oder indirekt von der Katastrophe betroffen. Bereits in der vergangenen Woche führten schwere Regenfälle und Überflutungen zur Zerstörung mehrerer Dörfer und zu zahlreichen Todesopfern in Nordafghanistan (vgl. BN v. 28.04.14).

Pakistan

Provinz Sindh setzt Heiratsalter für Frauen auf 18 Jahre

Das Parlament der Provinz Sindh verabschiedete als erste pakistanische Provinz ein Gesetz, wonach die Verheiratung eines Mädchens unter 18 Jahren eine Straftat ist, die mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder Geldstrafe geahndet wird. Im übrigen Pakistan liegt das Heiratsalter für Frauen bei 16 und für Männer bei 18 Jahren. Tatsächlich werden aber Kinder bereits viel früher verheiratet, was i.d.R. nicht oder nur geringfügig bestraft wird.

Anschläge

Am 01.05.14 wurden in Nordwestpakistan (Mohmand Agency, Charsadda, Provinz Khyber Pakhtoonkwa) in den frühen Morgenstunden Bombenanschläge auf drei Grundschulen verübt. Es gab keine Toten oder Verletzten.

Ebenfalls in Khyber Pakhtoonkwa überfielen am 05.05.14 Bewaffnete einen Konvoi mit Nachschublieferungen für die NATO-Truppen in Afghanistan. Dabei wurden zwei LKW-Fahrer getötet.

Irak

Sicherheitslage

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im April 1.013 Zivilpersonen getötet. Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP wurden im April 795 Menschen getötet, davon 82 Polizisten, 74 Soldaten, 17 Mitglieder der Sahwa, ein Mitglied der kurdischen Sicherheitskräfte und 259 Extremisten.

Nach Angaben von UNAMI starben im April 610 Zivilpersonen, 1.311 wurden verletzt. Weiterhin wurden 140 Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte getötet und 230 verletzt. Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad, gefolgt von Ninive, Diyala, Salahaddin und Kirkuk. Die Opferzahlen aus der Provinz Anbar sind nicht enthalten.

Parlamentswahl

Am 30.04.14 fand zum ersten Mal seit dem Abzug der US-Armee eine Parlamentswahl statt. Mehr als 20 Millionen Iraker waren aufgerufen, die 328 Abgeordneten für das Parlament zu wählen. Acht Sitze sind für religiöse Minderheiten reserviert, fünf für Christen, ein Sitz für Sabäer/Mandäer, ein Sitz für Shabak und ein Sitz für Yeziden. Landesweit bewarben sich rund 9.000 Kandidaten um die Parlamentssitze. In Bagdad bestand aus Sicherheitsgründen ein Fahrverbot. Auch die Flughäfen waren gesperrt gewesen. Nach vorläufigen Angaben der Wahlkommission lag die Wahlbeteiligung bei ca. 60 %.

Polizisten und Soldaten sowie Patienten in Krankenhäusern und medizinisches Personal konnten bereits am 28.04.14 wählen.

Ersten Ergebnissen zufolge zeichnet sich ein Sieg der Rechtsstaats-Allianz des amtierenden Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki ab. Das amtliche Endergebnis wird Mitte Mai erwartet.

Syrien

Assad kandidiert offiziell bei Präsidentschaftswahl

Am 28.04.14 teilte der syrische Parlamentspräsident al-Lahham offiziell mit, dass Bashar al-Assad, der seit dem Jahr 2000 syrischer Präsident ist, als 7. Kandidat bei der Präsidentschaftswahl am 03.06.14 antritt. Am 29.04.14 gaben vier weitere Kandidaten ihre Bewerbung beim Verfassungsgericht ab. Noch unklar ist, ob die Kandidaten die erforderlichen 35 Unterschriften von Parlamentariern beibringen können. Kandidieren dürfen nur die Syrer, die die letzten zehn Jahre durchgehend im Land gelebt haben. Die Frist zur Registrierung der Kandidatur für die Wahl am 03.06.14 läuft am 01.05.14 ab. Die Abstimmung soll nur in den von der Regierung kontrollierten Gebieten stattfinden. Ein großer Teil der Bevölkerung ist seit Beginn des Bürgerkrieges in die Nachbarländer geflohen. Die neue Verfassung aus dem Jahr 2002 erlaubt die Bewerbung mehrerer Kandidaten um das Präsidentenamt. Bisher wurden die syrischen Staatspräsidenten per Referendum bestimmt, so Bashar al-Assad zuletzt 2007 mit 97,6 %.

Am 04.05.14 wurde bekannt gegeben, dass die drei Kandidaten für die Präsidentschaftswahl feststünden. Demnach hätten neben Assad nur zwei weitere Bewerber die Zulassungsbedingungen des Verfassungsgerichts erfüllt, 21 Bewerber seien zurückgewiesen worden. Bei den zugelassenen Kandidaten soll es sich um den Geschäftsmann Hassan Abdullah al-Nuri aus Damaskus, einen ehemaligen Staatsminister und Fabrikant von Schuhputz-Schwämmen, und den Abgeordneten Maher al-Hadschar aus Aleppo handeln. Dieser gehört einer kommunistischen Partei an, die seit Jahren mit der Baath-Partei verbündet ist.

Armee rückt auf die Stadt Mleiha vor

Die syrische Armee rückte am 04.05.14 auf die strategisch wichtige Stadt Mleiha in der Nähe von Damaskus vor, die schon seit Monaten von der Armee belagert wurde. Nach Angaben von Militärvertretern soll bereits über die Hälfte der Stadt unter Kontrolle der Regierungstruppen sein, darunter das Rathaus sowie die Felder und Straßen im Süden, Westen und Südosten der Stadt. Der Vormarsch wurde auch von der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte bestätigt.

Abzug aus Homs vereinbart

Regierung und Rebellen haben sich am 04.05.14 auf den Rückzug der Aufständischen aus ihrer einstigen Hochburg Homs geeinigt. Das Abkommens soll im Gegenzug den sicheren Abzug der rund 1500 Kämpfer aus der weitgehend zerstörten Altstadt sowie die Freilassung von 70 Libanesen und Iranern vorsehen, die in Aleppo von islamistischen Rebellen gefangen gehalten werden.

Türkei

Ausschreitungen bei Demonstrationen zum 1. Mai

Trotz eines offiziellen Verbots von Demonstrationen zum 1. Mai auf dem Taksim-Platz in Istanbul hatten Gewerkschaften, Parteien, linke Gruppen und andere Regierungskritiker dazu aufgerufen. Daraufhin waren nach Presseberichten rund 40.000 Polizisten im Einsatz, knapp die Hälfte von ihnen rund um den Platz. Als Demonstranten versuchten den abgeriegelten Platz zu stürmen, gingen die Sicherheitskräfte mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken vor, es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit zahlreichen Verletzten und Festnahmen.

Iran

Weiter Hausarrest für Oppositionspolitiker Moussawi und Karroubi

Der seit Februar 2011 verhängte Hausarrest für die Oppositionspolitiker Mir-Hossein Moussawi und Mehdi Karroubi bleibt vorerst bestehen. Das erklärte Generalstaatsanwalt Mohseni-Ejei in einer Pressekonferenz in Teheran. Moussawi und Karroubi waren bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2009 nach staatlichen Angaben dem damaligen Amtsinhaber Ahmadinejad unterlegen. Vor allem hinter Moussawi formierte sich die grüne Oppositionsbewegung, bis das Regime die Massenproteste gewaltsam niederschlug.

Regierung und Zensurbehörde streiten über WhatsApp-Verbot

Die Behörde für Internetkriminalität hat den Kurznachrichtendienst WhatsApp verboten. Begründet wurde die Entscheidung unter anderem mit der Übernahme von WhatsApp durch den US-Internetkonzern Facebook. Dessen Gründer Mark Zuckerberg sei ein amerikanischer Zionist, verlautete es in Teheran. Die iranische Regierung von Präsident Rohani kritisierte das Verbot. Inzwischen ist ein offener Streit zwischen der Regierung und der Zensurbehörde ausgebrochen. Der als moderat geltende Staatspräsident setzt sich für eine Aufhebung der Internetzensur in Iran ein, wo auch Facebook und Twitter verboten sind. Die religiöse Führung um Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei lehnt die Netzwerke als Spionageapparate der USA ab.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

USA hält Israel für das Scheitern der Friedensgespräche verantwortlich

Die USA werfen Israel nach einem Zeitungsbericht der „Yediot Ahronot“ („Neueste Nachrichten“) die Sabotage der Friedensgespräche mit den Palästinensern vor. Es gebe viele Gründe für den Fehlschlag der Bemühungen, aber das israelische Volk solle nicht ignorieren, dass das Scheitern wesentlich an den Siedlungsprojekten liege, zitierte die Zeitung am 03.05.14 US-Diplomaten. So habe Israel während der Verhandlungen Pläne für 14.000 neue Siedlerwohnungen vorangetrieben, betonten die US-Vertreter. Die Palästinenser hätten Israel deshalb nicht mehr geglaubt, dass sie ihnen jemals einen eigenen Staat zugestehen würden. Vielleicht brauche die Gegend eine weitere Intifada (Palästinenseraufstand), um die Bedingungen für Fortschritte zu schaffen, wurde einer der Diplomaten wiedergegeben.

Israel verhängt Finanzsanktionen gegen Palästinenser

Nach dem Scheitern der Nahost-Friedensgespräche hat Israel mit der Umsetzung von Finanzsanktionen gegen die Palästinenser begonnen. Es würden Steuer- und Zolleinnahmen zurückgehalten, die Israel für die Palästinensische Autonomiebehörde erhebt, berichteten israelische Medien am 29.04.14 unter Berufung auf ungenannte Regierungsvertreter in Jerusalem.

Palästinenser treten fünf UNO-Abkommen bei

Nach monatelangen erfolglosen Nahost-Friedensgesprächen mit Israel sind die Palästinenser formell fünf UNO-Abkommen beigetreten, um damit ihre Eigenstaatlichkeit voranzutreiben, wie am 03.05.14 bekannt wurde. Es handelt sich um die UN-Antifolterkonvention, die Konvention gegen Rassismus, die Frauenrechtskonvention, die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Kinderrechtskonvention, teilte das UN-Menschenrechtskommissariat (UNHCHR) am Freitagabend in Genf mit.

Jemen

Schwere Kämpfe zwischen Armee und al-Qaida-Einheiten

Bei einer Armeeeoffensive gegen das Terrornetzwerk al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) sind am Wochenende Dutzende getötet worden. Nach Angaben des jemenitischen Verteidigungsministeriums wurden bei den Kämpfen in der Gegend von Maifaa am 04.05.14 37 mutmaßliche al-Qaida-Kämpfer getötet und Dutzende verletzt. In der Region waren den Meldungen zufolge bereits am 02.05.14 fünf Aufständische getötet worden. Am 03.05.14 wurden nach Informationen des Verteidigungsministeriums auch der AQAP-Kommandant Abu Islam al-Shisheni getötet. Am 02.05.14 hatte das Verteidigungsministerium bereits den Tod des AQAP-Anführers Abu Muslim al-Usbeki gemeldet. Nach offiziellen Angaben wurden seit dem Beginn der Offensive (29.04.14) in den südlichen Provinzen Abjan und Chabwa insgesamt 67 al-Qaida-Kämpfer und 24 Soldaten getötet.

Ägypten

Wahlkampf für Präsidentenwahl eröffnet

Die beiden Kandidaten für die Präsidentenwahl, der ehemalige Armeechef Abdel Fattah al-Sissi und der linke Politiker Hamdin Sabahi, haben am 03.05.14 offiziell ihren Wahlkampf für die am 26. und 27. Mai 2014 geplante Präsidentenwahl eröffnet.

Ebenfalls am 03.05.14 hat die ägyptische Justiz in einem erneuten Massenprozess gegen Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi 102 Angeklagte zu zehn Jahren Haft verurteilt. Zwei weitere Angeklagte wurden zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, wie das Staatsfernsehen berichtete. Erst am 28.04.14 wurden bei einem Massenprozess 638 Angeklagte, unter ihnen der geistige Führer der Muslimbruderschaft, Mohammed Badie, in einem Schnellverfahren zum Tode verurteilt. Bereits im März waren 529 Islamisten zum Tode verurteilt worden. Diese Urteile wurden am 28.04.14 zum Großteil in lebenslange Haftstrafen umgewandelt.

Libyen

Ministerpräsidentenwahl evtl. ungültig

Die Wahl des Geschäftsmann Ahmed Maitik zum neuen libyschen Ministerpräsidenten könnte ungültig sein. Parlaments-Vizepräsident Essedin al-Awami erklärte am 04.05.14 die Abstimmung für „null und nichtig“, da Maitik nach der Auszählung im dritten Wahlgang lediglich 113 statt der 120 benötigten Stimmen erhalten habe. Der ebenfalls als Parlaments-Vizepräsident fungierende Salah al-Machsum erklärte jedoch, Maitik habe 121 Stimmen erhalten. Maitik, der am 04.05.14 bereits vereidigt wurde, soll die Nachfolge von Übergangsregierungschef Abdullah al-Thinni antreten, der Mitte April 2014 wegen der Bedrohung seiner Familie seinen Rücktritt erklärt hatte. Sein Vorgänger Ali Seidan war im März 2014 nach anhaltender Kritik an der Sicherheitslage vom Parlament abgesetzt worden.

Algerien

Sellal zum Ministerpräsidenten ernannt

Kurz nach seiner Vereidigung für eine vierte Amtszeit hat Abdelaziz Bouteflika seinen Wahlkampfchef Abdelmalek Sellal zum Ministerpräsidenten ernannt. Dies teilte das Präsidentenbüro am 28.04.14 in Algier mit. Sellal war bereits von September 2012 bis März 2014 Regierungschef, trat dann jedoch zurück, um für Bouteflika den Wahlkampf zu leiten.

Marokko/Westsahara

Mandatsverlängerung der UN-Mission

Der UN-Sicherheitsrat verlängerte am 29.04.14 die UN-Mission in der Westsahara, MINURSO. Zusätzlich rief der Sicherheitsrat in einer Resolution zur Einhaltung der Menschenrechte in der Westsahara und den Flüchtlingslagern in Tindouf auf. Das Mandat der seit 1991 bestehenden Mission wurde dagegen nicht aus-

geweitet. UN-Generalsekretär Ban und Menschenrechtsgruppen hatten eine Erweiterung des Mandats zur Überwachung der Menschenrechtslage gefordert.

Nigeria

20 Tote bei Autobombenanschlag auf Busbahnhof in Nyanya

Am Abend des 01.05.14 explodierte gegenüber dem Busbahnhof des Vororts Nyanya der Hauptstadt Abuja eine Autobombe. Es starben 20 Menschen, 66 wurden verletzt. Am 03.04.14 nahm die Polizei im Zusammenhang mit dem Anschlag mehrere Personen fest, von denen die meisten Ausländer sein sollen. Zum Attentat hat sich bisher zwar niemand bekannt, doch wird davon ausgegangen, dass er von der islamistischen Organisation Boko Haram verübt wurde. Diese hatte die Verantwortung für einen Bombenanschlag übernommen, der am 14.04.14, nur etwa 200 m von der Stelle des Anschlags vom 01.05.14 erfolgt war. Hierbei waren nach offiziellen Angaben 75 Menschen getötet worden. Aus Furcht vor weiteren Anschlägen kündigte die Regierung die Verlegung von 5.000 Soldaten und Polizisten nach Abuja an, wo am 07.05.14 das Internationale Weltwirtschaftsforum zu Afrika beginnt.

Schicksal der in Chibok entführten Schülerinnen ungewiss

Am 04.05.14 räumte Staatspräsident Jonathan in einer Fernsehansprache ein, dass der Aufenthaltsort der Schülerinnen, die in der Nacht vom 14. zum 15.04.14 von Boko Haram aus einer Schule in Chibok (nordöstlicher Bundesstaat Borno) entführt worden waren, weiterhin unbekannt sei und auch keine Verhandlungen mit den Entführern stattfänden. Am 01.05.14 hatte die Polizei bekannt gegeben, dass die Zahl der noch vermissten Schülerinnen auf 276 gestiegen sei. Insgesamt sollen mehr als 300 Schülerinnen verschleppt worden sein. 53 von ihnen haben flüchten können. In der nigerianischen Tageszeitung „Daily Trust“ war am 29.04.14 unter Berufung auf einen Dorfältesten berichtet worden, dass die Mädchen über die Grenze nach Kamerun und in den Tschad verschleppt und als Bräute für rund neun Euro pro Mädchen an die Kämpfer der Boko Haram verkauft worden seien.

DR Kongo

Amnestielisten veröffentlicht

Die kongolesische Regierung hat am 30.04.14 eine zweite Liste mit den Namen von Begünstigten eines – im Rahmen des Friedensprozesses mit der Rebellenorganisation M23 am 11.02.14 verabschiedeten – Amnestiegesetzes für Angehörige bewaffneter Rebellenbewegungen veröffentlicht. Unter ihnen befinden sich die Namen von 25 separatistischen Bakata-Katanga-Milizionären, zehn Anhängern der religiös-politischen Bewegung „Bundu dia Kongo“, fünf früheren M23-Rebellen und Anhängern der „Imperium-Gruppe“, die dem inhaftierten Parlamentsabgeordneten Diomi Ndongala nahestehen. Ferner steht auf der Liste der frühere Abgeordnete Muhindo Nzangi, der im August 2013 wegen Beleidigung des Staatspräsidenten zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Bereits am 19.04.14 war eine erste Liste von 50 Personen veröffentlicht worden. Hierauf standen 15 frühere M23-Rebellen sowie 15 Personen, die an Angriffen in Kinshasa am 27.02.11 beteiligt waren, sowie Angehörige der Rebellenbewegung ARP von Faustin Munene und von Exilmobutisten um Honore Ngbanda.

Zentralafrikanische Republik

Berichterstattung schwierig

Der Machtkampf und die Gewalt zwischen christlichen und muslimischen Milizen behindern auch zentralafrikanische Journalisten in ihrer Arbeit. Viele Redaktionen sind zerstört oder geplündert. Um umfassend berichten zu können, übernehmen die Radiosender und Zeitungen Beiträge aus ausländischen Medien. Nur wenige Nichtregierungsorganisationen unterstützen die örtlichen Medien.

Äthiopien

Keine Strafverschärfung bei Homosexualität

Das äthiopische Parlament hat eine bereits beschlossene Verschärfung der Bestimmungen zur strafrechtlichen Ahndung von Homosexuellen rückgängig gemacht. Danach war vorgesehen, Homosexualität – wie u.a. auch Korruption, Menschenhandel, Schmuggel, Terrorismus und Vergewaltigung – zu jenen Straftaten zu zählen, für die eine Amnestie ausscheidet. Ein Regierungssprecher erklärte, dass „Homosexualität nicht so weit verbreitet sei“ und „die bisherigen Gesetze ausreichend“ seien. Homosexualität in Äthiopien ist illegal und kann mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft werden.

Kirchen fördern Homophobie

Eine Demonstration gegen Schwule und Lesben in Addis Abeba wurde abgesagt. Zu dieser Kundgebung hatte die äthiopisch-orthodoxe christliche Gruppe Woyniye Abune Teklehaimanot aufgerufen. Zuletzt gab es in den staatlich gelenkten Medien immer wieder Berichte, dass sich die Zahl der homosexuellen „Zwischenfälle“ erheblich erhöht habe. Laut einer Umfrage des Pew Global Attitudes Project aus dem Jahr 2007 glauben 97 % der Äthiopier, dass Homosexualität von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe.

Eritrea

Rebellengruppen behaupten Anschlag auf Soldaten

Bei einem Angriff am 24.04.14 auf einen Militärstützpunkt in der Nähe von Alhan in der nördlichen Roten Meer Region will die eritreische Rebellenorganisation Red Sea Afar Democratic Organization (RSADO) 27 eritreische Sicherheitsbedienstete getötet und mehrere verletzt haben. Wie immer blieb auch diese Meldung von der Regierung unkommentiert. Allerdings wird regelmäßig Äthiopien bezichtigt, terroristische Aktionen in Eritrea zu unterstützen. So hat die RSADO Stützpunkte in Äthiopien. Die RSADO propagiert Autonomie für die Afar, deren Lebensraum Teile Eritreas, Äthiopiens und Djiboutis umfasst. Zuletzt war im Dezember 2011 von einem ähnlichen Überfall in der Afar-Region berichtet worden.

Südsudan

Einnahme der Stadt Bentiu

Die südsudanesische Armee bestätigte am 04.05.14 die Einnahme der Stadt Bentiu im Bundesstaat Unity. Nach der Eroberung durch Rebellen im April 2014 war es zu einem Massaker gekommen.

Kenia

Tote bei Anschlägen in Mombasa und Nairobi

Am 03.05.14 schleuderte ein Unbekannter in Mombasas Stadtteil Mwembe Tayari eine Handgranate in einen Bus. Vier Menschen wurden getötet, mindestens 15 verletzt. Bei der Explosion eines Sprengsatzes am Eingang eines Hotels am selben Tag kam niemand zu Schaden.

Bei zeitgleichen Sprengstoffanschlägen auf zwei Busse in Nairobi starben am 04.05.14 zwei Menschen, 62 wurden teils schwer verletzt.

Präsident unterzeichnet Polygamie-Gesetz

Mit der Unterzeichnung durch Kenias Präsident Uhuru Kenyatta am 29.04.14 trat ein Gesetz in Kraft, das Männern erlaubt, mehrere Frauen zu heiraten. Die Einwilligung vorhandener Ehefrauen ist nicht erforderlich. Polygame Eheformen sind in Kenia zwar seit jeher verbreitet, waren bislang aber nicht gesetzlich anerkannt. Frauen dürfen traditionell nur einen Mann heiraten.

Somalia

Anschlag in Mogadischu

Am 03.05.14 wurden bei einem Bombenattentat in der Nähe des Stadtzentrums von Mogadischu mindestens sieben Menschen getötet und mehrere verletzt. Unter den Opfern befanden sich Polizisten und Zivilisten. Die radikal-islamische al-Shabaab bekannte sich zu dem Anschlag.

Serbien/Bosnien und Herzegowina/EJR Mazedonien

Gesetzentwurf zu sicheren Herkunftsstaaten

Am 30.04.14 brachte das Kabinett einen Gesetzentwurf auf den Weg, der die drei Länder als sichere Herkunftsländer einstuft, wie es bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden war. Das Innenministerium nannte die Neuregelung „eilbedürftig“, weil von Januar bis März wieder massiv Asylanträge (6.682) von Staatsangehörigen dieser Staaten gestellt worden waren.

Zahlreiche Bürgerrechts- und Flüchtlingsorganisationen sowie Vertreter der Opposition wenden sich gegen den Gesetzentwurf.

Ukraine

Sicherheitslage



Im Osten gehen Einheiten der Regierung weiter mit Kampf-hubschraubern und gepanzerten Fahrzeugen gegen die pro-russischen Aufständischen vor. Der Anführer der selbst ernannten Volksmiliz, Miroslaw Rudenko, teilte am Abend des 04.05.14 mit, die Rebellen hätten die Verwaltungsgebäude in den entscheidenden regionalen Zentren eingenommen. Insgesamt sei die Lage nun ruhig – die Gefechte seien am Abend eingestellt worden.

Schwere Kämpfe waren vorher vor allem aus Kramatorsk gemeldet worden. Während die Regierung in Kiew am Morgen des 04.05.14 noch mitgeteilt hatte, die Streitkräfte hätten die öffentliche Ordnung dort wieder hergestellt, meldeten die Separatisten am Abend, sie hätten die Stadt wieder unter ihrer Kontrolle. Zudem gab es Berichte, wonach in Kramatorsk die Zentrale des Inlandsgeheimdienstes SBU in Flammen aufgegangen sei. Viele Bewohner der Stadt wünschen sich ein Ende der Kämpfe und die Rückkehr zur Normalität. Nach den blutigen Auseinandersetzungen zwischen ukrainischen Demonstranten und pro-russischen Aktivisten in Odessa, bei denen am 02.05.14 mindestens 46 Menschen starben, hatte Russlands stellvertretender Außenminister Grigori Karasin gefragt, wie diese „Strafaktionen der Kiewer Machthaber“ zum Abkommen von Genf passten. Es habe den Anschein, dass die ukrainische Regierung ohne Hilfe von außen keinen Dialog führen könne.

Diplomatische Aktivitäten

Am 07.05.14 reist der Vorsitzende der OSZE, Didier Burkhalter, nach Moskau. Bei seinen Kontakten wird es auch um die Einrichtung Runder Tische unter der Schirmherrschaft der OSZE gehen. Dies ist eine Möglichkeit, die Konfliktparteien noch vor der geplanten Präsidentschaftswahl am 25.05.14 ins Gespräch miteinander zu bringen.

Die angespannte Lage in der Ostukraine war auch das zentrale Thema bei einem Telefonat am 04.05.14 zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Merkel zeigte sich

erleichtert über die Freilassung der OSZE-Militärbeobachter, die über eine Woche in der Gewalt pro-russischer Separatisten waren. Putin und Merkel berieten darüber, welche Schritte zur Deeskalation nun unternommen werden müssten. Der Kremlchef forderte einen Dialog der Konfliktparteien in der Ukraine. Die Führung in Kiew müsse dringend das Gespräch mit den pro-russischen Separatisten suchen.

Russische Föderation/Nordkaukasus

11

Sicherheitslage im Nordkaukasus

Nach Schätzungen der russischen Internetzeitung „Caucasian Knot“ von Ende April 2014 hat der bewaffnete Konflikt im Nordkaukasus im ersten Quartal 2014 insgesamt 133 Opfer gefordert. Dabei wurden 84 Menschen getötet und 49 schwer verletzt. 2013 gab es im ersten Quartal insgesamt 199 Opfer der Auseinandersetzungen, darunter 124 Tote und 75 Verwundete. Während vorrangig in Inguschetien und Tschetschenien zum Vergleichszeitraum 2013 ein weiterer Rückgang bezüglich der Opferzahlen festzustellen ist, bleibt Dagestan der Brennpunkt im Nordkaukasus. In Dagestan fanden die meisten Spezial-Operationen der Sicherheitskräfte gegen bewaffnete Gruppierungen statt. In der Hauptkrisenregion des Nordkaukasus wurden allein im ersten Quartal 2014 mindestens 65 Menschen getötet und 41 verwundet. Darunter befanden sich insgesamt 58 Kämpfer von sog. illegalen Kampfformationen. Wurden im ersten Quartal 2013 in Tschetschenien und Inguschetien insgesamt noch 33 Menschen getötet, gehen aktuelle Schätzungen von insgesamt rund 20 Todesopfern im ersten Quartal 2014 in beiden Regionen aus.

Indien

Aufständische erschießen mehrere Muslime

Nach den Angriffen auf muslimische Dorfbewohner im Bundesstaat Assam ist die Zahl der Todesopfer auf 32 gestiegen. Die Polizei machte die verbotene Rebellengruppe National Democratic Front of Bodoland (NDFB) für die Gewalt verantwortlich, die in der Region seit Jahrzehnten für einen Heimatstaat kämpft. Die Separatistengruppe bestreitet eine Beteiligung. Im Nordosten Indiens kommt es immer wieder zu blutigen Unruhen zwischen alteingesessenen Bevölkerungsgruppen und muslimischen Einwanderern, die meist aus dem benachbarten Bangladesch stammen.

Noch vor wenigen Tagen hatte Narendra Modi, oppositioneller Spitzenkandidat der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) und bei den derzeit laufenden Parlamentswahlen Favorit für das Amt des Premierministers, Stimmung gegen Einwanderer gemacht, als er ankündigte, dass die Migranten „ihre Koffer packen“ könnten, wenn er an die Macht kommen sollte. Modi wirft der Regierung von Assam vor, in Einwanderungsfragen zu nachsichtig zu agieren.

China

Tote bei Anschlag in Xinjiang

Bei einem Anschlag mit Messern und Sprengstoff am 30.04.14 auf einen Bahnhof der Stadt Ürümqi, der Hauptstadt der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang, wurden drei Personen getötet und 79 verletzt. Unter den Toten befinden sich die beiden Angreifer, wohl Selbstmordattentäter, die durch die Explosion ihrer Bomben starben. Behörden machten „religiöse Extremisten“ für den Anschlag verantwortlich. Sie identifizierten einen der Täter als Uiguren aus dem Kreis Xayar in Xinjiang. Der Vorfall ereignete sich am Vorabend der zu den chinesischen Maifeiertagen einsetzenden Reisewelle. Präsident Xi Jinping beendete gerade einen viertägigen Besuch der Region.

Nordkorea

Militärübung

Nordkorea hat nach Angaben des südkoreanischen Militärs am Morgen des 29.04.14 mit einer Schießübung nahe der umstrittenen Seegrenze begonnen. In der Seeregion liegen mehrere südkoreanische Inseln. Deren Bewohner wurden vom Militär aufgefordert, Schutzbunker aufzusuchen. Eine ähnliche Militärübung in der Region hatte Ende März zu einem Scharmützel zwischen Nord- und Südkorea geführt. Es sind bereits die zweiten Militärmanöver des Nordens an der Seegrenze in weniger als einem Monat.

Versorgungslage

Nordkorea erlebt derzeit die schlimmste Dürre seit über 30 Jahren. Es werden hohe Ernteausfälle erwartet.

Neue Führungsspitze

In einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur KCNA zu den offiziellen Feiern zum 1. Mai wurde der Parteifunktionär Hwang Pyong So als Leiter des Politbüros der Koreanischen Volksarmee genannt. Diese Funktion gilt in der militärischen Hierarchie als zweithöchste hinter der von Machthaber Kim.